

GegenStandpunkt

Politische Vierteljahreszeitschrift

Vortrag mit Diskussion

Kürzungen an den Unis + Studiengebühren = Das "Humankapital" wird zur Kasse gebeten

1. Der Staat spart – und wenn der Staat spart, dann schränkt er nicht sich ein, sondern andere. Er streicht Leistungen seiner Einrichtungen für die Bürger und verlangt ihnen größere Beiträge für die Staatskasse ab. Da geht es den Unis und ihren Mitgliedern nicht anders als all den anderen Bürgern, an denen der Staat spart. Auch Studierende bekommen verschlechterte Studienbedingungen serviert und müssen demnächst fürs Studieren happige Gebühren entrichten.

Dagegen gehen Studenten überall im Land auf die Straße. Ihr Protest zeugt von einem gediegenem Selbstbewusstsein: Mag der Staat sparen, woran er will, an der Bildung darf er, ja kann er gar nicht sparen. Damit würde die Regierung nur sich selbst, Deutschland, der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Standorts, dem Erfolg auf dem Weltmarkt, kurz allem schaden, worauf es in dieser Nation ankommt. Mit einer Parole wie: "Unsere Bildung – Eure Zukunft" pocht der akademische Nachwuchs auf seine Unersetzlichkeit als entscheidende nationale Ressource für den Konkurrenzkampf der Nation. Diese Produktivkraft, meinen die jungen Akademiker, könne der Staat doch nicht so schäbig behandeln wie andere. Da täuschen sie sich gewaltig. Es ist gerade ihre Rolle als Ressource der Nation, die sie zu spüren bekommen. Als Hilfsmittel und Quelle des nationalen Erfolgs haben sie nämlich erstens zur Verfügung zu stehen, zu funktionieren und zweitens billig zu sein.

2. Das erste bildungspolitische Anliegen der laufenden Einschnitte ist primitiv und wird nicht verschwiegen: Die Länder wollen sich Kosten ersparen und neue Einnahmequellen eröffnen. Der Staat saniert sich, indem er sein Volk verstärkt für seine Kassen in Dienst nimmt.

3. Zweitens soll die Geldnot der Institution wie die Geldnot der Studenten den ganzen Laden reformieren und zu der Sorte Vernunft zwingen, die ein kapitalistischer Staat von Bildungseinrichtungen eben sehen will. Rückblickend erscheint den heutigen Politikern das kostenlose Studium und der Beamtenstatus der Lehrenden wie eine einzige Einladung zur Faulheit. "Zu wenig Konkurrenz", "zu wenig Zwang zur Leistung", "zu lange Studienzeiten", "zu wenig ökonomische Effektivität"! Die Institution, die Lehrer und Lernende von der Konkurrenz ums Geld ein Stück weit freigesetzt hat, damit sie Wissen erarbeiten und sich aneignen, erscheint wie eine einzige Fehlentwicklung, ein unkapitalistischer Fremdkörper in unserer besten aller Welten. Studenten sollen gefälligst billiger und schneller studieren, jünger in die Berufe oder in die Arbeitslosigkeit drängen, Wissenschaftler sollen mehr Forschungsergebnisse liefern, sie schneller der Industrie verfügbar machen und in Produkte umsetzen, – und was führt all diese Leistungen zuverlässiger herbei als konsequenter Zwang – durch mehr Konkurrenz? Professoren sollen einem Leistungsvergleich ausgesetzt werden, Leistungslöhne bezahlt bekommen, sich aus Drittmitteln privater Geldgeber finanzieren, die sie einwerben müssen; Studenten werden durch den Schuldenberg, den sie im Lauf ihrer Lehrjahre anhäufen, klug werden und schneller studieren oder es gleich lassen, wenn ihr Studium sich nicht als kluges Investment ins eigene Humankapital kalkulieren lässt. Da wird die Kapazitätsüberlastung der Unis gleich ein wenig kleiner und die Plätze im Seminarraum und in der Bibliothek gleich verfügbarer werden.

Die bildungsökonomische Rechnung erweist sich als nationalökonomische Berechnung: Das Verhältnis von "unproduktiver", aber nötiger Ausbildungszeit zu "produktiver" Benutzungszeit des ausgebildeten "Humankapitals"

verschiebt sich. Das ist gewollt: Absolventen sollen früher und damit länger dem Arbeitsmarkt für Dienste am nationalen Kapitalwachstum zur Verfügung stehen. Mit der Geldnot und den Kosten, die den Studierenden aufgebürdet werden, wird eine Art Sachzwang implantiert, der die angehende Elite zur zielgerichteten Ausfüllung ihrer nationalökonomische Rolle zwingt.

4. Eine zusätzliche Wirkung der Studiengebühren, gegen die auf den Demos protestiert wird, ist die Einführung eines "sozialen Numerus clausus": All jene Studierenden, die neben dem Studium das Geld fürs Studium verdienen müssen, werden die gewünschte "Intensivierung" der Ausbildung nicht mehr bewältigen. Kurz: Die Kinder aus "einkommensschwachen Schichten" werden von wissenschaftlicher Ausbildung und damit von den angenehmeren Berufen und Einkommen noch weiter als bisher schon ausgeschlossen. Das ist so und darf als staatliche Antwort auf den als Skandal bewerteten PISA-Befund gelten, demzufolge es Arbeiterkindern in keinem vergleichbaren Land so schwer gemacht wird, sich zum Hochschulzugang vorzuarbeiten, wie eben hierzulande. Da diese Wirkung der Gebührenerlasse ihren Erfindern kaum entgangen sein dürfte, liegen die Proteste jedoch falsch, wenn sie die Kultusministerien auffordern, sich gefälligst an gültige bildungspolitische Prinzipien wie "Chancengleichheit" oder "gleiches Recht auf Bildung für alle" zu halten. Vielleicht wird dieser "Kollateralschaden" von den Bildungspolitikern ja nicht nur in Kauf genommen, sondern gewollt. Vielleicht stehen sie längst auf dem Standpunkt, dass derjenige, der das verteuerte Studium nicht bezahlen kann, auf der Universität auch nichts verloren hat! Einen Widerspruch zur Chancengleichheit sehen sie wenigstens nicht. So hält denn z.B. der neue bayrische Wissenschaftsminister Goppel die "Einführung von Studiengebühren für vertretbar, vorausgesetzt, der Zugang zu den Hochschulen bliebe für alle offen" (FAZ). Und der bleibt offen: für jeden, der die Zugangsberechtigung erworben hat und sich das Studium leisten kann.

5. Noch in einer zweiten Hinsicht liegt die wohlfeile soziale Anklage des "sozialen NC" etwas daneben. Wem dieser NC erst auffällt, wenn er als Studierender davon betroffen ist, wird etwas spät hellhörig. Unser Bildungswesen zeichnet sich nämlich von der ersten Schulklasse an durch einen ganz spezifischen "sozialen NC" aus. Der hat seine Wirkung längst getan, wenn sich Studierende über Studiengebühren beschweren. Er ist verantwortlich dafür, dass sich der schulpflichtige Nachwuchs in die Masse jener Schüler (ca.70%), die systematisch von höherer Bildung ausgeschlossen ist, und in jenen Rest sortiert, dem dann der Zugang zu den Jobs der Elite erlaubt ist. Und dabei ist es alles andere als ein Zufall, dass diese Sortierung ziemlich exakt entlang der Klassenlage der Eltern verläuft. Wie sollte es auch anders sein in einem Schulwesen, das alle Schulkinder ganz gleich ein und demselben großangelegten schulischen Leistungstest unterzieht und dabei vollständig rücksichtslos verfährt gegenüber der materiellen, sozialen und geistigen Ausstattung, nach denen sich Arbeiter- und Professorenkinder unterscheiden, wenn sie zum chancengleichen Leistungswettbewerb in der Schule antreten. Wenn also schon ein "sozialer NC" verurteilt werden soll, dann bitte nicht erst dort, wo die Ausbildungsbedingungen der zukünftigen Elite betroffen sind.

Donnerstag, 15. Januar 2004, 20.00 Uhr
Ex-Komm, K4 im Künstlerhaus, Weißer Saal, Königstr. 93, Nbg.

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

V.i.S.d.P.: B.Schumacher, c/o Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft mbH, Türkenstr. 57, 80799 München